



Zukunftsfähigkeit der Polizei Hamburg gefährdet

Am 31. 5. 2012 wurde die Interne Information 7/2012 zur Modernisierung der Polizei Hamburg (ProMod) veröffentlicht. Die Gewerkschaft der Polizei stellt hierzu fest: Jede Organisationsform, die die Stärkung einer bürgernahen Polizei zum Ziel hat, kann nur funktionieren, wenn die hierzu notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind. Davon ist die Hamburger Polizei allerdings weit entfernt! Die GdP benennt deshalb die aktuellen Problembereiche ungeschminkt:

I. Nachwuchsgewinnung

In den nächsten zehn Jahren werden ca. 50% des aktuellen Personalbestandes der Hamburger Polizei pensioniert!

Die Überalterung des Personalkörpers der Polizei ist eine demografische „Zeitbombe“, deren Sprengkraft im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Polizei offenkundig noch immer weit unterschätzt wird.

Das Erfordernis des Sparens in Zeiten angespannter Haushaltslagen darf nicht dazu führen, dass Kernbereiche staatlicher Aufgaben- und Pflichtenwahrnehmungen in ihrer Funktionalität gefährdet werden. Wenn diese Politik weitergeführt wird, kann nach Auffassung der GdP der SPD-geführte Senat erneut an der Frage der Inneren Sicherheit scheitern. Selbst die avisierten 250 Neueinstellungen pro Jahr werden nach unseren Informationen nur mühsam erreicht. Nicht genug: Auch die Finanzierung der Neueinstellungen ist für 2013 (noch) nicht gesichert!

Die Polizei Hamburg benötigt vielmehr jährlich mindestens 400 Neueinstellungen, um den jetzigen Personalbestand halten zu können. Jeder Monat der Untätigkeit wird sich in absehbarer Zeit gnadenlos rächen.

Diese gewaltigen Probleme der Nachwuchsgewinnung aufgrund der mangeln-

den Konkurrenzfähigkeit der Polizei auf dem Arbeitsmarkt (keine Heilfürsorge für ausgebildete Berufsanfänger, Wohnungsnot bei Berufsanfängern, Ausdehnung der Anwärterbezüge auf die gesamte Ausbildungszeit, da das Amt A 5 eingespart wurde, Abkoppelung der Polizeizulage von den linearen Tariferhöhungen, Wegfall der Alimentierung, der noch immer nicht beseitigt wurde – und dies alles vor dem Hintergrund eklatant gestiegener Lebenshaltungskosten in Hamburg) sind deshalb sofort mit Nachdruck anzugehen!

Für die WS ist es dringend erforderlich, qualifizierte Bewerber (Patentinhaber) zu gewinnen und dafür die entsprechenden Anreize zu schaffen (z. B. Einstiegsamt A 10 für Patentinhaber).

Allerdings scheint hier der politische Wille bzw. die finanzpolitische Prioritätensetzung des Senates nicht ausreichend zu sein, um diese seit langem bekannten Probleme wirksam anzugehen.

Insbesondere die Streichung der Heilfürsorge hat zu einer sozialen Spaltung und Schiefelage innerhalb der Polizei geführt, die sich fortlaufend verschärft!

II. Beförderungen

Die Katastrophe rund um das LVM ist entstanden, weil dessen Finanzierung zu keinem Zeitpunkt längerfristig gesichert war. Trotz ständiger kritischer Nachfragen der GdP, haben die Verantwortlichen an diesem Punkt beharrlich die Unwahrheit verbreitet. Diese „Verantwortungsträger“ haben Erwartungen geweckt und Versprechungen gemacht, von denen sie wussten, dass sie nicht zu halten waren.

Sie tragen somit die volle Verantwortung für das derzeitige Beförderungsdesaster in der Hamburger Polizei, das in der Mitarbeiterschaft zu Verunsicherung und Demotivation in einem nie dagewesenen Ausmaß geführt hat.

Das angekündigte Beförderungsverfahren für dieses Jahr muss so schnell wie

möglich durchgeführt werden. Wir wissen, dass daran die Kolleginnen und Kollegen der ZP mit Hochdruck arbeiten.

Die GdP fordert darüber hinaus Klarheit zur Beförderungsperspektive 2013! Es liegen uns Erkenntnisse vor, wonach für Beförderungen in 2013 keine bzw. wenige Finanzmittel zur Verfügung stehen sollen!

Daher fragen wir:

- Wie viel Geld steht überhaupt für Beförderungen zur Verfügung?
- Wie soll nach Auffassung der Dienststelle ein neues Beförderungssystem aussehen?

III. Tarifbeschäftigte/ Verwaltungsbeamte

Ohne die Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten wäre die Hamburger Polizei funktionsunfähig. Eine an sich ganz einfache Feststellung, die vom Dienstherrn mit einem noch nie dagewesenen Spardiktat vergolten werden soll. Im Bereich der Verwaltung sollen massiv Stellen abgebaut werden. Hier handelt es sich um einen Vorgang, der an Transparenz zu wünschen übrig lässt und für eine erhebliche Unruhe in der Polizei Hamburg sorgt.

Beispielsweise ist seitens ProMod die Prüfung empfohlen worden, die Aufgaben des LKA 14 (ED) an die Führungspersonalmitarbeiter mit dem Ziel zu dezentralisieren, die bisher im LKA 14 tätigen Kolleginnen und Kollegen „anderweitig“ einzusetzen. Die Realisierung dieses Vorschlages würde zu erheblichen Qualitätsverlusten und zu einer weiteren unzumutbaren Belastung des Vollzuges – selbstverständlich ohne Personalausgleich – führen. Die GdP lehnt die Dezentralisierung des ED ab. Damit erübrigen sich aus unserer Sicht auch alle Bestrebungen zur Reduzierung der DGT (Dienstgruppe Transport).

Feststellbar ist auch, dass die Dienststelle durch mangelnde Kommunikation

Fortsetzung auf Seite 2



POSITIONSPAPIER

Fortsetzung von Seite 1

mit den Gewerkschaften Richtlinien erlässt, die regelmäßig zu teuren gerichtlichen Auseinandersetzungen führen. Das jüngste Beispiel ist der Erlass der Arbeitszeitrichtlinie, die insbesondere bei den Schichtdienstleistenden (u. a. ZD 54, LKA) für erheblichen Unmut sorgt. Die GdP fordert daher die Dienststelle auf, vor Erlass solcher Richtlinien die Diskussion mit den Gewerkschaften zu suchen, um Konfliktpotenziale rechtzeitig entschärfen zu können. Darüber hinaus ist nun endlich das Berufsbild AiP/AiA zu entwickeln. Das Berufsbild muss dann Eingang in den TV-L finden, um damit eine Grundlage für Höhergruppierungen zu schaffen. Ebenso sind die Beförderungsperspektiven für die Verwaltungsbeamtinnen und -beamten zu verbessern.

IV. Ausbildung

Die unsägliche Verquickung der Polizeiausbildung mit der des Sicherheitsgewerbes hat zu spürbaren Qualitätsmängeln

und somit zur objektiven Schwächung des Ausbildungsstandards des Polizeinachwuchses geführt, die nun im Vollzug mühsam nachgebessert werden müssen. Konzeptionelle Reformansätze sind bisher nicht erkennbar, aber dringend erforderlich und müssen im nächsten Projekt „Akademie der Polizei“ Eingang finden.

Die GdP hat wiederholt angemahnt, mögliche Modalitäten zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn in Hamburg zumindest zu prüfen, zumal sich „nur“ noch ca. 25% der Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst befinden. Andere Bundesländer sind hier weit voraus – nur in Hamburg wird sich in jeder Beziehung und beharrlich einer solchen Entwicklung bzw. Diskussion verschlossen. Vielfach wird verbreitet, dass der mittlere Dienst als „Auffangbecken für Realschüler“ etc. notwendig sei – eine Unwahrheit, wie der Blick über die Grenze nach Niedersachsen zeigt.

Überdies könnte eine zweigeteilte Laufbahn „Doppelausbildungszeiten“ (für mittleren und gehobenen Dienst) in erheblichem Umfang vermeiden, was

nicht nur viel Geld sparen würde, sondern auch den Effekt eines Präsenzgewinns hätte, da die Kolleginnen und Kollegen in dieser Zeit dem Vollzug zur Verfügung stünden.

Ganz abgesehen davon, befindet sich Hamburg auch hier im Wettbewerbsnachteil um geeigneten Nachwuchs, da der weitaus größere Teil der Bewerber mit einem gymnasialen Abschluss die Ausbildung zum gehobenen Dienst anstrebt.

DU, ProMoD und Finanzen

Die GdP Hamburg hat sich sehr intensiv auf politischer und polizeilicher Ebene, aber auch in einer Vielzahl von Gesprächen mit Betroffenen mit den Entwicklungen und Vorschlägen aus dem Projekt auseinandergesetzt. Darüber hinaus steht das Thema Umgang mit Dienstunfällen sowie die finanziellen Entwicklungen im Fokus gewerkschaftlichen Handelns. In der nächsten Ausgabe der DP werden wir die Position der GdP zu diesen Themen ausführlich vorstellen.

Der Landesvorstand



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 - 0
Telefax (0 40) 28 08 96 - 18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joemclasen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hildern
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

ACAB – EBEN NICHT 8 COLA 8 BIER ...

ALL COPS ARE BASTARDS
(ACAB) – Keine Beleidigung?

Immer öfter stehen Kolleginnen und Kollegen insbesondere bei Großveranstaltungen Personen gegenüber, die das Buchstabenkürzel ACAB tragen, hochhalten oder anderweitig verwenden. Diese weithin bekannte Buchstabenkombination drückt den Hass und die Verachtung aus, dem die Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt sind. Mittlerweile gibt es einen schwunghaften Internethandel mit entsprechend gekennzeichneten Utensilien.

In der uneinheitlichen Rechtsprechung zeichnet sich ab: Strafbarkeit gem. § 185 StGB, wenn das Kürzel ACAB eindeutig auf einen individualisierbaren Polizeibeamten bezogen wird.

Keine Strafbarkeit (!), wenn kein bestimmter Beamter – sondern alle anwe-

senden Beamten – gemeint sein könnten. (LG Karlsruhe vom 8. 12. 2011unter Einkassierung des Urteils des AG Karlsruhe vom 12. 5. 2011).

Juristische und weltfremde Spitzfindigkeiten helfen nicht weiter. Wer mit dem Buchstabenkürzel ACAB auftritt, beleidigt ganz bewusst alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Die Annahme des LG Karlsruhe, es könnten ja auch alle „Polizeibeamten in der Welt“ gemeint gewesen sein, ist deshalb an Realitätsferne nicht zu überbieten.

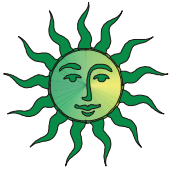
Deshalb ist die Forderung der GdP klar:

Das Zeigen der Buchstaben ACAB gegenüber anwesenden Kolleginnen und Kollegen muss strafbar sein – wenigstens aber als Ordnungswidrigkeit (§ 118 OwiG) „Grob anstößige Handlungen“ zu verfolgen sein.

Die Dienststelle wird gebeten, hier eine klare Leitlinie vorzugeben.

Landesfachbereich Sch – AG LBP –





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg



Wanderpauschale

- ✦ 3-7 Nächte im Hotel Castello Königsleiten**** in Königsleiten mit reichhaltigem Frühstücksbuffet und 4-Gang Abendmenü oder Themenbuffet
- ✦ Wandererjause von der „Proviantdecke“ inkludiert
- ✦ 1 x Kuchennachmittag mit Kaffee/Te
- ✦ Benutzung des hoteleigenen Spa-Bereiches mit verschiedenen Saunen, Dampfbad, Infrarotkabine sowie Massageangeboten
- ✦ 1 x Wanderermassage mit Arnikaöl (15 min)
- ✦ Multimediovortrag Nationalpark Hohe Tauern
- ✦ Wanderkarten und Wandertaxi
- ✦ Umfangreiches Wanderprogramm mit Wanderführern – täglich 2 geführte Wanderungen mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad

Termine

- 23. - 30. Juni und 25. August - 15. September 2012 € 385,-
- 30. Juni - 25. August 2012 € 456,-
- Ortstaxe exklusive



Interesse?

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH

Hindenburgstr. 49
22297 Hamburg

Tel.: 040 / 28 08 96 22 und -23

Fax: 040 / 28 08 96 27

e-mail: psw-reisen-hamburg@gdp-online.de



Die GdP-Euro 2012 – Das Fußballfest der GdP –

Am 31. 5. 2012 fand das diesjährige offene Fußballturnier der GdP in der Alsterdorfer Sporthalle statt.

Unter dem Motto „Euro 2012“ hatten sich mehr als 30 Mannschaften angemeldet. Über ein Losverfahren wurden 16 Mannschaften ausgewählt.

Gespielt wurde nach dem Spielplan der Euro 2012.

Es folgten spannende Spiele von der Vorrunde bis ins Finale.

Sieger und GdP-Europameister wurde die Mannschaft der LBP 33 (Ukraine) nach einem 3:2-Sieg über die Mannschaft der LBP Oldies (England).

Dritter des Turniers wurde die Mannschaft der Lehrgruppe 213 (Russland).

Und auch diesmal das einhellige Fazit aller Teilnehmer: Insgesamt war das fast schon traditionelle Turnierangebot der GdP ein voller Erfolg.



Jörg Kagens GdP-Europameister: LBP 33

GROSSEINSATZ IN HAMBURG

Extremistischen Gewalttätern Grenzen aufzeigen!

Der Hamburger Polizei ist es mit der Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei und denen anderer Bundesländer gelungen, die Lage in der Stadt unter Kontrolle zu halten.

Doch zu welchem Preis!

Dazu Gerhard Kirsch, stellv. Landesvorsitzender der GdP Hamburg:

„Der Rechtsstaat darf sich nicht von extremistischen Gewalttätern vorführen lassen. Hinterhältige und brutale Angriffe auf Polizeibeamte, blindwütige Zerstörungen und Gewaltexzesse auf dem Rücken der Bevölkerung müssen Konsequenzen haben.“

Bei 38 verletzten Kolleginnen und Kollegen, Sachschäden in Millionenhöhe und Bürgerinnen und Bürgern, die den Folgen des gewalttätigen Treibens einer kriminellen Minderheit ausgeliefert sind, kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Hamburg hat einen der größten und teuersten Polizeieinsätze seiner Geschichte erlebt. Wenn Rechtsprechung und Politik nicht endlich aufwachen, wird es in dieser Form nicht der letzte Großeinsatz gewesen sein, der auf dem Rücken meiner Kolleginnen und Kollegen

und der anständigen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ausgetragen wird.“

Die GdP Hamburg hatte trotz der intensiven Einsatzbelastung Kolleginnen und Kollegen gefunden, die mit Unterstützung der GdP Bundespolizei eine fast flächendeckende Einsatzbetreuung auf

die Beine gestellt hat. Dafür danken wir den Beteiligten, unter anderem auch Schüler der LPS, ausdrücklich, die in ihrer Freizeit die ersten polizeilichen Eindrücke hautnah sammeln konnten. Dazu gehörten auch Gespräche mit PL Wolfgang Kopitzsch im Einsatzraum. **Jörn Clasen**



Trafen während des Einsatzes PL Wolfgang Kopitzsch (r.), Patrizia und unsere Polizeischüler.



MODERNISIERUNG DER POLIZEI

Operative Einheiten müssen erhalten bleiben!

Die GdP hat sich bereits frühzeitig für das jetzt von ProMod und der Lenkungsgruppe favorisierte Kooperationsmodell ausgesprochen.

Für diese Position hatten sich der Landesvorsitzende der GdP, Uwe Koßel, zusammen mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden Gunhild Weidemann schon am 23. 4. 2012 bei Senator Neumann eingesetzt. Bereits vor Kurzem wurde durch die GdP aber auch auf Gefahren hingewiesen, die mit diesem Prozess verbunden sein könnten (Herabsetzung des Stellenkegels A 12/A 13 oder Separation der beiden Sparten SCH und K) und denen wirksam entgegengetreten werden muss!

Das Kooperationsmodell bietet nach unserer Ansicht aber neue Chancen und Möglichkeiten für die Kriminalpolizei. So kann die Arbeitszufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen gesteigert

werden, da eine einheitliche kriminalpolizeiliche Führung zukünftig die notwendige Fachaufsicht und damit auch die Einhaltung von gemeinsamen Standards in der Sachbearbeitung erleichtern bzw. verbessern wird.

Dies gilt ganz besonders auch in Kriminalitätsbereichen, in denen es die Polizei überwiegend mit professionell handelnden Tätergruppierungen zu tun hat, die im Hinblick auf polizeiliche Maßnahmen äußerst sensibel sind und gegen die häufig nur operativ erfolgreich ermittelt werden kann. Dazu zählt nicht nur der Einsatz operativer Technik, sondern vor allem auch das Mittel der Observation durch speziell geschulte operative Einheiten, deren Personal sich zurzeit überwiegend aus Kollegen der Schutzpolizei zusammensetzt. Der Erhalt dieser Einheiten für die kriminalpolizeiliche Arbeit scheint jedoch jetzt durch das Projekt zur Diskussion zu stehen.

Politische Zielrichtung einer Einsparung dieser Einheiten kann nur sein, für den Bürger sichtbar mehr uniformierte Polizeibeamte auf die Straße zu bekommen. Diese sichtbare Polizeidichte wird aber nie so hoch sein können, dass sie den beschriebenen Tätertyp vom Begehen seiner Straftaten abhalten wird.

Überspitzt gesagt, ist dem Bürger sicherlich damit gedient, wenn ein Wohnungseinbruch durch operative Maßnahmen verhindert werden kann, als wenn nach der begangenen Tat noch drei zusätzliche Streifenwagen am Einsatzort eintreffen? Die GdP fordert deshalb nicht nur, die bestehenden operativen Einheiten zu erhalten. Erfahrungen aus der Praxis haben vielmehr gezeigt, dass hier eher noch Bedarfe an speziell ausgebildeten Kräften bestehen, um weitere Ermittlungserfolge und Verhinderungen von Straftaten erzielen zu können!

WERKS BESICHTIGUNG

Budnikowsky: Eine Hamburger Institution

„Von der Einlagerung der Drogewaren auf Paletten bis zur Auslieferung der zusammengestellten Bestellungen für die Filialen“

Für unsere interessierten Mitglieder bieten wir wieder eine interessante Werksführung an.

Am 29. August 2012, in der Zeit von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr,

wollen wir das Hochregallager der Firma Budnikowsky in Hamburg Allermöhe besichtigen.

Nach einer Einführung in das Unternehmen bei einer Tasse Kaffee werden wir durch das Lager geführt, in dem vieles vollautomatisch abläuft.

Wir treffen uns um 14.50 Uhr im Hermann-Wüsthof-Ring 20, 21035 Hamburg-Allermöhe.



Das Hochregallager in Allermöhe

Zu erreichen ab Hamburg Hauptbahnhof mit der S 21 Richtung Bergedorf bis zur Station „Billwerder-Moorfleet“, von dort weiter mit der Buslinie 230 Richtung „Rungedamm (Nord)/Hans-Duncker-Straße/S-Bahnhof „Mittlerer Landweg“ bis zur Haltestelle „Hermann-Wüsthof-Ring (West)“.

Anschließend ein kleiner Fußweg von ca. vier Minuten.

Anmeldungen nehmen ab sofort unsere Kolleginnen Steffi Orgel und Petra Holst unter der Tel.-Nr. 0 40/28 08 96-0 entgegen.

Der Fachbereichsvorstand freut sich wieder auf eine große Resonanz und wünscht schon jetzt viel Spaß und Freude bei der Betriebsführung.

Klaus-Peter Leiste



Ein Wochenende in Bad Blankenburg

Nein, nicht im Harz, Bad Blankenburg in Thüringen, die Kleinstadt, die durch ihren wohl berühmtesten Sohn Friedrich Fröbel den ersten Kindergarten der Welt hatte.

Bad Blankenburg ist Sitz der Deutschen Evangelischen Allianz, ein Zusammenschluss evangelisch und vor allem evangelikal gesinnter Christen verschiedener Kirchen, Gemeinden und Gruppen, und eben dort im Evangelischen Allianzhaus Bad Blankenburg fand vom 4. bis 6. Mai 2012 das Bundestreffen der Christlichen Polizeivereinigung (CPV) statt.

Nachdem ich mich mit einem Junkerbrot (Adel verpflichtet!) gestärkt hatte, machten wir uns wieder an den Abstieg, um nicht den Beginn des Bundestreffens zu verpassen. Die erste Veranstaltung war ein Referat zu dem Thema „Israel und die Palästinenser“ des in Israel lebenden Journalisten Johannes Gerloff. Zunächst stellte er die Frage, wer eigentlich die Palästinenser wären, und verwies auf eigene intensive Recherchen, wonach die Bezeichnung „Palästinenser“ 1974 zum ersten Mal auftauchte. Im Ergebnis konnte letztlich aber auch er keine eindeutige Antwort finden. Aus dem täglichen Leben in Israel wusste er zu berichten, dass die Hamas und die israelischen

Sicherheitsbehörden sich arrangiert hätten und das Zusammenleben überwiegend gut funktioniere. Für ihn sei keine Alternative denkbar, wie man das Zusammenleben anders regeln könne, als es jetzt der Fall sei. Eine Zwei-Staaten-Regelung hält er für nicht praktikabel, da eine westliche Staatsform der Stammesstruktur entgegensteht.

Die größte Bedrohung für den Frieden in Israel stellen die Salafisten dar. Auch in Deutschland hat diese radikale Gruppe jüngst traurige Bekanntheit erlangt. Interessant waren zudem seine Ausführungen zu dem Thema der Selbstmordattentäter. Aus einem anderen Blickwinkel heraus betrachtet sagte er, handle es sich hierbei um die präzise Waffe, die denkbar wäre, wobei sie bei strenger Beachtung aller Gegebenheiten eine maximale Zerstörungskraft entfalte. Als Beispiel nannte er einen Bus im Linienverkehr. Der Attentäter müsste den Zeitpunkt abwarten, an dem der Bus voll besetzt wäre und die Türen unbedingt geschlossen wären, damit die Druckwelle nicht entweichen könne. Beängstigend sei in diesem Kontext, dass der Attentäter kühl und überlegt handeln müsse, er darf also nicht unruhig, fahrig oder nervös sein. Ein Scheich habe Gerloff erzählt, man könne die Attentate „an- und abschalten“. Es wären immer genügend Menschen bereit, sich zu opfern. Sie tun dies aber nicht aus Verzweiflung, sondern aus Überzeugung und weil sie dazu aufgefordert würden.

Die hiesige Diskussion über Israel spiegelt aus Sicht von Gerloff häufig nicht die tatsächliche Situation. Ihn überrasche auch, wie vehement hier über Themen gestritten wird (beispielsweise zu den Äußerungen von Günter Grass), die in Israel kaum Beachtung fänden. Zur Siedlungspolitik wies er darauf hin, dass Israel ein Rechtsstaat westlicher Prägung und keine Bananenrepublik sei. Der Eindruck willkürlicher Landnahme sei schlicht falsch.

Am nächsten Morgen referierte Wolfgang Baake vom Christlichen Medienverbund KEP e. V. über den Kurssturz der Werte und stellte die Frage, welche Werte das Land braucht.

Aus der Zuhörerschaft wurde des Öfteren der Vorwurf an die Medien gerich-

tet, alle würden das Gleiche schreiben und Wichtiges ausblenden. Baake stellte heraus, dass die Medien liefern würden, was gewünscht würde. („Wir haben die Medien, die wir verdienen.“) Darüber hinaus schrieben Journalisten oftmals unter Zeitdruck oder aus anderen Gründen (Arbeitsökonomie?) voneinander ab. Insofern seien allzu große Abweichungen vom Mainstream selten.

Wolfgang Baake nahm den Einzelnen in die Pflicht: Wer etwas verändern wolle, müsse aktiv werden! Als Möglichkeiten der Einflussnahme nannte er Leserbriefe, E-Mails und besonders Zuschauertelefone bei Fernsehsendungen. Die dort getätigten Anrufe und Meinungsbilder würden morgens als erstes auf dem Tisch des Intendanten liegen und würden sehr ernst genommen.

Nach dem Mittagessen kündigte sich hoher Besuch an: Der Innenminister von Thüringen, Jörg Geibert, referierte unter der Überschrift: „In Verantwortung vor Bürgern und Beamten – Werte im Verwaltungshandeln und in der Arbeit eines Innenministers.“ Dabei ging er auf das christliche Fundament unseres Grundgesetzes ein. Besonders beeindruckte mich eine durchgeführte Studie, wonach immer weniger Bürger bereit sind, demokratische und gerichtliche Entscheidungen zu akzeptieren, wenn sie sich dadurch eingeschränkt sehen. Prominentes Beispiel mag hierfür Stuttgart 21 sein, aber auch viele andere Projekte, die von den Parlamenten beschlossen wurden, werden danach juristisch oder auch aktionistisch bekämpft. Dies bereite nicht nur dem Minister Sorge. Er betonte die Verantwortung jedes Einzelnen, das Gemeinwohl vor die individuellen Einzelinteressen zu setzen. Das Bundestreffen endete am Sonntag mit einem Abschlussgottesdienst mit dem thüringischen Polizeipfarrer Christoph Nordmeyer.

Gar nicht erwähnt habe ich die vielen bewegenden Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet und die vielen tollen Kontakte, die ich knüpfen durfte. Für christlich interessierte Kolleginnen und Kollegen ist die CPV eine großartige Gelegenheit, sich beruflich und geistlich aufgehoben zu fühlen.

Adrian v. M.-Collande

Anzeige

**Notdienst der
Glaserinnung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**



Firmenungebundene
Auftragsannahme



AUS DEM VORSTAND DES FACHBEREICHS SENIOREN

Vorgestellt: Horst Grawe

Am 13. März 2012 wurde der Kollege Horst Grawe (60) auf der Mitgliederversammlung im Rahmen der angekündigten Nachwahlen, als Mitglied für den Kontrollausschuss einstimmig aus dem Fachbereich Senioren gewählt (siehe auch Artikel in der Mai-Ausgabe der Deutschen Polizei). Horst ist seit 1975 mit seiner Ehefrau Heidi glücklich verheiratet und hat einen Sohn.

Seit ein paar Jahren hat sich die Familie Grawe vergrößert, denn es ist eine Schwiegertochter hinzugekommen. Inzwischen ist Horst stolz, Opa zu sein!

Am 30. September 2011 hatte sich unser WS-Kollege Horst Grawe (PHK) nach 37 Dienstjahren auf der „Cap San Diego“ von seinen langjährigen Kolleginnen und Kollegen verabschiedet.

Horst begann seine Lehre nach dem Schulabschluss im April 1967 in der Hafenschiffahrt und am Ende der Ausbildung packte Horst das Fernweh, so wie bei fast allen WSlern, und fuhr als Leichtmatrose bei der Hamburger Reederei Hapag in der Großen Fahrt zur See. Nach zwei Jahren auf Großer Fahrt besuchte Horst die Seefahrtschule in Hamburg und machte dort sein nautisches Patent. Mit dem Patent in der Ta-



sche fuhr er dann noch bis Ende September 1974 als Steuermann in der Seeschlepperei. Im Oktober 1974 begann Horst, nach erfolgreicher Bewerbung, seine zweijährige Ausbildung in der Hamburger Wasserschutzpolizei. Nach Ende der Ausbildung verrichtete Horst seinen Dienst am WSR 2 (Ellerholzhöft) und im späteren WSPK 2 (Rossdamm 10), wo er zwölf Jahre im Wechsel-schichtdienst tätig war. Horst wollte sich dienstlich verändern und eine neue Aufgabe anpacken und so wechselte er in die Dienststelle PD 455/3 (Gefahrgutüberwachung auf der Straße und Eisenbahn). Mit dieser interessanten Aufgabe beschäftigte sich Horst drei Jahre und

dann ging es wieder zurück an das WSR 2 in den Schichtdienst.

Horst war schon seit 1971 Gewerkschaftsmitglied und so übte er sehr früh am WSR 2 das Amt des Vertrauensmannes für die GdP aus. Nun war der Weg in den Personalrat WS nicht mehr weit. Horst wurde in den Fachbereichsvorstand WS und als Mitglied in den Dienstzweigpersonalrat Wasserschutzpolizei gewählt. Hier setzte er sich sehr engagiert für seine Kolleginnen und Kollegen ein und übernahm für ein Jahr das Amt des stellvertretenden Personalratsvorsitzenden. Anschließend ließ sich Horst zur Dienststelle PD 452 (Gefahrgut) versetzen und war bis zu seiner Pensionierung im September 2011 fast 19 Jahre als Betriebsberater in der Betriebsüberwachung und als Gefahrgutbeauftragter der Polizei tätig.

Horst war während seiner gesamten Dienstzeit immer für die GdP aktiv und bietet seit über 22 Jahren für die Kolleginnen und Kollegen die Ausbildung zum Erwerb der Sportbootführerscheine See und Binnen an. Horst engagiert sich neben seiner Opa- und gewerkschaftlichen Aufgabe auch in dem Verein für ehemalige WS Barkassen! Die Mitglieder des Landesbezirks- und Fachbereichsvorstandes wünschen Horst in seiner neuen gewerkschaftlichen Aufgabe alles Gute und Erfolg und sagen Danke, dass du dich für diese Amt zur Verfügung gestellt hast. **Klaus-Peter Leiste**

HAFENRUNDFAHRT DER SENIOREN

Mit unseren Mitgliedern auf die Elbe

Der Hamburger Hafen ist immer eine Rundfahrt wert. Wir haben dafür ein Fahrgastschiff der Reederei „Abicht“ gechartert und freuen uns auf eine interessante und gesellige Elbfahrt, bei hoffentlich strahlendem Sonnenschein!

Am 12. September 2012, in der Zeit von 14.00 bis 17.00 Uhr,

möchten wir wieder mit unseren interessierten Mitgliedern eine dreistündige



Hafen- und Unterelberundfahrt unternehmen.

Anmeldungen nehmen ab sofort unsere Kolleginnen Steffi Orgel und Petra Holst unter der Tel.-Nr. 0 40/28 08 96-0 oder unsere Kollegin Christa Borr aus dem Polizeisozialwerk unter der Tel.-Nr. 0 40/28 08 96-15 oder -16 entgegen. Wir bitten um Überweisung des Eigenbetrages von 16,- (Stichwort: Hafenerundfahrt) auf das Konto der Sparda Bank: Konto-Nr. 0 100 371 111, BLZ 206 905 00.

Wer für die Fahrt ein Kaffeegedeck bestellen möchte, sollte dieses bei der Anmeldung mit angeben.

**Klaus-Peter Leiste,
Fachbereichsvorstand Senioren**



WIR GRATULIEREN ZUM/ZUR

70. Geburtstag

22. Juli 2012 Roland Rogliano

75. Geburtstag

7. Juli 2012 Helga Schöpke
7. Juli 2012 Hans-Joachim Teetz
17. Juli 2012 Karl Nahtz
19. Juli 2012 Harald Vittinghoff
21. Juli 2012 Helmut Pankalla
23. Juli 2012 Wolfgang Kretschmer

80. Geburtstag

1. Juli 2012 Alfred Wachholz
2. Juli 2012 Helmut Ohff
13. Juli 2012 Melitta Weyer
19. Juli 2012 Wolfgang Becke
29. Juli 2012 Irma Höncher

85. Geburtstag

2. Juli 2012 Günter Saager
4. Juli 2012 Erhardt Schultz
5. Juli 2012 Curt Eckholdt
24. Juli 2012 Ernst-August Wulff

86. Geburtstag

3. Juli 2012 Heinz Löhning
5. Juli 2012 Annemarie Käding
6. Juli 2012 Hans Schmauch

87. Geburtstag

4. Juli 2012 Bruno Ladda
6. Juli 2012 Willy Wolff
23. Juli 2012 Heinz-Gerd Hell

88. Geburtstag

1. Juli 2012 Gustav Dzewas
4. Juli 2012 Ilse Gleichmar
5. Juli 2012 Horst Kettner

89. Geburtstag

7. Juli 2012 Kurt Schwabe
14. Juli 2012 Herbert Link
23. Juli 2012 Heinz Langhof

90. Geburtstag

7. Juli 2012 Adolf Neumann

91. Geburtstag

15. Juli 2012 Elisabeth Plehnert
25. Juli 2012 Theodor Kintscher

92. Geburtstag

25. Juli 2012 Ingeborg Kunow
29. Juli 2012 Elisabeth Seehase

93. Geburtstag

12. Juli 2012 Gerda Pfeiffer

98. Geburtstag

17. Juli 2012 Richardine Fassbender
25. Juli 2012 Kaethe Thomsen

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung, Tel. 040/28 08 96-17.

wohlverdienten Ruhestand

14. Juli 2012
Dietmar Kneupper, LPD VD/L
18. Juli 2012
Henry Buchholz, PHK PK 33
25. Juli 2012
Eberhard Notzke, Ang. VT 43
31. Juli 2012
Ulrich Sauff, PHK, ZP 33

diamantenen Hochzeit

21. Juni 2012
Helmut Strauss und Ehefrau Ursula

Anzeige



**Am besten heute alles regeln - am besten GBI
Tel. 040-24 84 00**

Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer sicher - auch bei meinem Finale auf Erden. Komme, was wolle: Alles ist jetzt in besten Händen.



Großhamburger Bestattungsinstitut rV

STERBEFÄLLE

2. Mai 2012 Jürgen Voß, POK i. R. (74)	23. Mai 2012 Wilfried Schulz, KHK i. R. (62)
7. Mai 2012 Richard Oberst, VA i. R. (90)	28. Mai 2012 Peter Ahrholdt, PHK i. R. (80)
10. Mai 2012 Helga Weise, VAe i. R. (91)	Gerhard von Prondzinski, PHM i. R. (81)
15. Mai 2012 Werner Repp, POK i. R. (79)	30. Mai 2012 Helmfried Schmaloske, PK i. R. (65)
20. Mai 2012 Gisela Wagemanns, VAe i. R. (83)	4. Juni 2012 Erwin Boldt, LPD i. R. (85)
21. Mai 2012 Jürgen Techen, EPHK i. R. (72)	

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.

